

**Antrag**  
(Alternativantrag)

**der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/5149 –

**Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – die Sprache des Nachbarn lernen**

I. Der Landtag stellt fest:

Das deutsch-französische Tandem hat sich traditionell als unverzichtbarer Motor der europäischen Einigung erwiesen. Daher verbindet sich gerade mit diesen beiden Ländern die Hoffnung, dem zwischenzeitlich stockenden Einigungsprozess durch neue Ideen und Handlungsfelder neuen Schwung zu verleihen. Eines dieser zentralen Handlungsfelder stellt der Bereich Bildung dar, der als Einigungsmotor überhaupt erst die Voraussetzung dafür schafft, den Nachbarn in Frankreich, Luxemburg und Belgien besser zu verstehen, sich kulturell auszutauschen und die individuellen Lebensperspektiven grenzüberschreitend zu vertiefen.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene ist damit die zentrale Antriebskraft, die Basis einer europäischen Bildungskoooperation und eines gemeinsamen Europas, wie es Emanuel Macron in seiner Rede an der Sorbonne in Paris im September 2017 formulierte. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde der Elysee-Vertrag aus dem Jahre 1963, die Grundlage der deutsch-französischen Zusammenarbeit, neu verhandelt und ist in ein neues Vertragswerk („Elysee 2.0“) gemündet.

Voraussetzung auch für die gelingende deutsch-französische Bildungskoooperation ist das Erlernen der Sprache des Nachbarn. Hier kann Luxemburg mit seinem konsequent mehrsprachig aufgebauten Bildungssystem beispielgebend sein. Deutschland und Frankreich haben hingegen noch Nachholbedarf. Denn leider verlieren sowohl Deutsch auf französischer Seite und Französisch auf deutscher Seite seit Jahren an Akzeptanz. Zwar sind Bemühungen auf beiden Seiten zu erkennen, die Sprachfähigkeiten zu verbessern, doch muss hier ein noch größeres Engagement an den Tag gelegt werden, um Erfolge zu erzielen und nationalen Abschottungstendenzen entgegenzuwirken.

Der gezielten Förderung des Erlernens der Partnersprache Französisch kommt – gerade im grenznahen Raum – eine bildungspolitische Schlüsselfunktion zu: Sie ermöglicht eine zukunftsorientierte schulische, universitäre und berufliche Mobilität, führt zu vorurteilsfreier Kommunikation, erlaubt ein zwangloses gegenseitiges Verstehen und Verständnis jeweils unterschiedlicher Lebens- und Arbeitsbedingungen und trägt maßgeblich zur Stabilität gesellschaftlich-politischer Verhältnisse in Europa bei.

Bereits im Bereich der Grundschulen werden Kinder für die Partnersprache sensibilisiert, eine Fortsetzung des partnerschaftlichen Unterrichts findet als erste oder zweite Fremdsprache an weiterführenden Schulen statt. Bilinguale Grundschulen einerseits, Gymnasien mit bilingualem deutsch-französischen

Zug andererseits, werden vervollständigt durch die besonderen Angebote der Abibac-Gymnasien, deren weitere Förderung vorgesehen ist.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich durch die Fusion von Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen zur neuen Region „Grand-Est“ der Charakter der deutsch-französischen Beziehungen in den Grenzregionen verändert hat. Bestehende und zukünftige Kooperationen zwischen Rheinland-Pfalz und der erweiterten Gebietskörperschaft der Region „Grand-Est“ haben diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Bei der künftigen deutsch-französischen Bildungs Kooperation muss auch die Zusammenarbeit mit der Partnerregion Bourgogne-Franche-Comte und der Oberrheinregion besondere Berücksichtigung finden (strategische Partnerschaften).

Das jüngste Treffen der Kultusministerinnen und -minister der Länder mit den französischen Recteurs bzw. Rectrices d'Académie am 4. Juni 2018 in Hamburg legte einen besonderen Akzent auf deutsch-französische strategische Bildungspartnerschaften (partenariats stratégiques) zwischen Bundesländern und französischen régions, auf die Intensivierung der Austausch- und Begegnungsprogramme für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende, auf verstärkte Mobilität auch von Lehrkräften und Schulleitungspersonal und auf die Erhöhung der Zahl der Partnersprachenlernerinnen und Partnersprachenlerner insgesamt.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- dass die rheinland-pfälzischen Mitglieder des Ausschusses der Regionen und die verantwortlichen Mitglieder der Landesregierung in Brüssel und in der Europaministerkonferenz ein gemeinschaftliches Strategiepapier „Bildung“ mit dem Ziel erarbeiten, die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungsbereich durch Unionsgrenzen überschreitende Kooperationen zu stärken. Dieses Strategiepapier soll die Beziehungen zur französischen Grenzregion unter Berücksichtigung der durch die Gebietsreform in Frankreich 2016 veränderten Bedingungen neu ordnen und nach der Zustimmung des Landtags an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des EU-Ausschusses der Regionen weitergeleitet werden;
- dass die rheinland-pfälzischen Mitglieder des Ausschusses der Regionen und die verantwortlichen Mitglieder der Landesregierung in Brüssel und in der Europaministerkonferenz sich weiterhin nach Kräften dafür einsetzen, die deutsch-französische Kooperation künftig noch näher an den alltäglichen Erfahrungswelten der Menschen auszurichten;
- insbesondere in den Grenzregionen die Sprachvermittlung von den Kindergärten über die Grundschulen bis in die weiterführenden Schulen weiterhin systematisch und durch einen detaillierten Lehrplan strukturiert anzubieten, damit die Kinder frühzeitig und intensiv die Sprache unserer Nachbarn erlernen;
- Französisch als erste und zweite Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen sowie als neu einsetzende Fremdsprache in der gymnasialen Oberstufe (MSS) weiter zu stärken;
- die bilingualen deutsch-französischen Bildungsgänge an rheinland-pfälzischen Schulen weiter auszubauen;
- die bestehenden Europaschulen in ihrem Profil weiter zu stärken;
- weiter intensiv für die Sprache des Nachbarn zu werben, neue Initiativen zu starten, Schüleraustauschprogramme mit Frankreich zu stärken, um Kinder und Jugendliche für Deutsch bzw. Französisch zu begeistern;
- die Fortbildung als Lehrkraft für bilinguale Bildungszweige und die Ausbildung für französische Früherziehung in Kindertagesstätten zu stärken;
- die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Hochschule der Großregion zu intensivieren und voranzutreiben;
- darauf hinzuwirken, grenzüberschreitende Programme im Bereich der Berufsbildung weiterzuentwickeln mit dem Ziel der Anerkennung des jeweili-

gen Abschlusses als berufsqualifizierendes Diplom, wie bereits erfolgreich im Rahmen des grenzüberschreitenden Programms „Azubi-Bacpro“ zwischen dem baden-württembergischen Kultusministerium und dem französischen Bildungsministerium praktiziert;

- künftig auch stärker auf Fortbildungsangebote in Unternehmen oder Volkshochschulen zu setzen, um den sprachlichen Austausch im Alltag zu verbessern;
- flankierend hierzu den Austausch auf kommunaler Ebene zu intensivieren, damit sich die Grenzregionen durch gemeinsames bürgerschaftliches Engagement noch stärker aufeinander zubewegen – etwa durch grenzüberschreitende Bürgerdialoge und durch die Neubelebung der vielerorts bereits praktizierten, mitunter aber als selbstverständlich erachteten Städtepartnerschaften mit Frankreich, Luxemburg und Belgien.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Pia Schellhammer

